

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verleger: Arbeiter-Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden, Gellertstraße 10
Redaktion: Gellertstraße 10, Dresden, Telefon 17 200, Postfach 18 600
Erscheinung: Montag 12-13 Uhr abg. Erscheinung: Mittwoch 17-18 Uhr
Beitrag: 10 Pfennig, Werbung: 20 Pfennig, Anzeigen: 10 Pfennig

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 22. August 1931 Nummer 148

Beschließt den Streik!

Gemeindearbeiter-Verhandlungen wieder gescheitert / Streikbeschlüsse in Stuttgart und Düsseldorf / Vorstoß gegen alle Arbeiter

Berlin, 22. August. (Eig. Meldung.) Die Verhandlungen über den Abbau der Löhne der Gemeindearbeiter wurden heute Nacht gegen 1.30 Uhr ohne endgültige Vereinbarungen abgebrochen. Sie werden heute vormittag fortgesetzt. Aus vielen Großstädten, so aus Düsseldorf, Stuttgart u. a. liegen Beschlüsse vor, jeden Lohnraub mit sofortigem Streik zu beantworten. Eine große Gemeindearbeiterversammlung in Berlin richtete einen Streikappell an alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Der KPD ist gar nicht in der Lage einen wirksamen Kampf gegen den Lohnraub zu organisieren. Selbst das Berliner Tageblatt von heute erklärt, der KPD ist völlig danklos, es bestehen für ihn nur „krübe Aussichten“ (Näheres siehe 2. Seite). Die Gemeindearbeiter werden einen erfolgreichen Kampf nur unter der Führung der KPD führen können.

Weiter forderte die Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages mit der Begründung: „Der Arbeiterverband ist bereits dabei, die Löhne der Gemeindearbeiter um 8 KPW zu kürzen. Eine Kürzung ist geboten. Die Nichteinberufung bedeutet die einseitige Stellungnahme gegen die bedrohten Schichten der Arbeiterklasse.“

Die Gemeindearbeiter, die in allen Teilen des Reiches ebenso wie in Dresden entschlossen sind, den Lohnraub ganz entschieden abzuwehren, wollen, daß die wiederholte Verschleppung der Verhandlungen die Schwäche und Furcht der Gegner offenbaren. Sie werden in geschlossenem Front unter KPD-Führung stehen.

Ueberall Streikbeschlüsse

Stuttgart, 21. August. (Eig. Meldung.) Eine Versammlung der Arbeiter der Stuttgarter Straßenreinigungsgesellschaft beschloß, gegen jeden Lohnraub in den Streik zu treten. Der in der Versammlung anwesende reformistische Gewerkschaftsangehörige, der dremeln wollte, mußte die Versammlung verlassen.

Weiter Raubforderungen der Ausbeuter

Der Reichsverband der Industrie hat der Reichsregierung ein Memorandum mit einer großen Anzahl Forderungen der Industriekapitäne überreicht. Wie die Reichliche Zeitung meldet, ist eine Berücksichtigung nicht beabsichtigt, um „eine Diskussion in der Öffentlichkeit zu vermeiden“. Nach dieser Bemerkung kann man allerdings erwarten, wie die Reichliche Zeitung weiter bemerkt, liegen die Forderungen der Unternehmer „auf dem Ge-

biet der Steuerpolitik, der allgemeinen Wirtschaft (insb. Lohnraub!) und der öffentlichen Finanzen“ (auf deutsch: weitere Gehalts- an die Kapitalisten, Abbau der Sozialfürsorge).

Die sich steigende Wut der Bourgeoisie gegen die KPD steht im engsten Zusammenhang mit dem bevorstehenden gemäßigten Streik der Gemeindearbeiter. Die bürgerlich-sozialdemokratische Journaille hat die Aufgabe, die einzige Führung der Arbeitermassen zu verleumden, um so den Kampf der Arbeiter zu lähmen. Deshalb bieten die Kommunalarbeiter, wie alle übrigen Werktätigen, alle Kräfte an, um die KPD gegen die verlogene Wut der Bourgeoisie zu verteidigen. So offen verteidigen sie sich selbst gegen die Lohnräuber.

Antwort auf Verbotsterror!

Ganze Versammlung tritt der KPD bei

Massenzustrom von SPD-Arbeitern zur KPD

(Arbeiterfortschrittspolung 1931)

Die Ortsgruppe Bismarck der KPD veranstaltete in Bismarck bei Freiburg einen Diskussionsabend mit parteilosen Arbeitern, in dem Gen. Zimmermann, Bismarck, des Themas „Warum Kommunistische Partei?“ behandelte. Nach einer ausführlichen Diskussion konnten wir zur Bildung einer Ortsgruppe der Partei überreden, alle anwesenden Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die KPD. Von vielen wurde die Arbeiterstimme und die ab 15. September erscheinende Wochenzeitung „Sächsisches Volks-Echo“ abonniert.

Ein Beispiel für alle! Bestärkt insbesondere die Werbung für das Volks-Echo!

Im Bezirk Nordbayer wurden im Juli 875 Neuaufnahmen gemacht und 14 neue Ortsgruppen gegründet. Unter den Neueingetretenen sind 120 frühere Mitglieder der SPD und des Reichsbanners. Ähnlich in Südbayern; u. a. sind in Nürnberg 3 SPD-Gemeinderäte und 10 SPD-Arbeiter in die KPD eingetreten.

4,1 Millionen Erwerbslose!

Von 1. bis 15. August um 114 000 gestiegen / Immer mehr Ausgesteuerte

Berlin, 22. August. (Eig. Meldung.) Nach den neuesten Berichten der Reichsanstalt betrug am 15. August die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland 4 104 000! Das bedeutet innerhalb 14 Tagen eine Zunahme von rund 114 000. Im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt die Zunahme rund 129 000. Von den 4,1 Millionen erhalten nur rund 2 281 000 aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützung. Der Rest erhält entweder keinerlei Unterstützung oder ist auf die Wohlfahrtskassen angewiesen. In der Zahl von 4,1 Millionen sind sicher noch zehntausende hinzuzurechnen, die sich überhaupt nicht mehr auf den Arbeitsämtern melden, weil sie keinerlei Unterstützung beziehen.

Schied pfeift auf Landtagsmehrheit!

Anschauungsunterricht für die SPD-Arbeiter zu den Verfassungsveranstaltungen am 24. August

Die Sächsische Staatskanzlei veröffentlicht folgende Mitteilung: „Anfragen beim Ministerium für Volksbildung geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß zur Teilnahme an den Verfassungsveranstaltungen der Schulen Lehrer und Schüler wie bisher verpflichtet sind.“

Es handelt sich um folgendes: Am 17. Februar beschloß der Sächsische Landtag mit Mehrheit, daß Schüler und Schülerinnen zur Teilnahme an den Verfassungsveranstaltungen nicht gezwungen werden dürfen. Die Schiedsregierung legt sich über diesen Beschluß einfach hinweg und diktiert in ihrer obigen Mitteilung: Die Schüler müssen an den Verfassungsveranstaltungen teilnehmen.

Jene sozialdemokratischen Arbeiter, die höher den Schanden ihrer Führer von der „Demokratie“ glaubten und die bisher auf die Weimarer Verfassung schworen, bekommen jetzt einen prachtvollen Anschauungsunterricht: Der Mehrheitsbeschluß des Landtages wird ohne viel Federlesens durch die Regierung annulliert — gerade zum Verfassungstag! ... Und dazu: Die Schiedsregierung, die eine „Königliche Brünnung-Diktatur“ ist, die noch „Wahnsinnswort“ lautig weiter-

Gen. Ehlerz-Hamburg erschossen

Polizeiaktion in Venedig gegen Kommunisten

Das Berliner Tageblatt von heute meldet: „Der 29-jährige Funktionär der Kommunistischen Partei, Ehlerz, wurde in seiner Wohnung überfallen und durch einen Pistolenschuß tödlich verletzt, doch er bald darauf verstarb. Die bisherigen Ermittlungen der Polizei haben die Annahme gebracht, daß es sich um eine politische Mordtat handelt.“ In Venedig erschienen vorgestern Großkampfwagen der Polizei, habochten an Hand einer Liste und nahmen zahlreiche kommunistische Arbeiter, unter ihnen den KPD-Stabsarzt Geißler, fest. Gefunden wurde nichts.

Appell der Berliner Gemeindearbeiter an Alle!

Die am 21. 8. versammelten Gemeindearbeiter Berlin rufen an alle Gemeindearbeiter den Appell: Nehmt in allen Betrieben sofort nach Bekanntwerden des Lohnraubpaktes zwischen dem kommunalen Reichsarbeiterverband und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie in Betriebsversammlungen Stellung und beschließt den Streik! Wählt Streikleitungen, organisiert die Abwehr des Streikbruchs, stellt die kämpfende Einheitsfront mit den Beamten, Angestellten, Mü-Arbeitern und den Erwerbslosen her! Wir kämpfen unter den Forderungen und Forderungen:

1. Gegen jeden Wenig Lohn- und Gehaltsraub!
2. Für den Siebenstundentag, die Vierstundentageweise bei vollem Lohnausgleich!
3. Für Einstellung von Erwerbslosen entsprechend der Arbeitslosenzunahme!
4. Für mit den Millionenüberschüssen der Kommunalbetriebe für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten!
5. Beseitigung der Korruptionsgehälter der Bürgermeister, Stadträte, Direktoren usw.!
6. Für die Festsetzung der Gehälter mit einer Höchstgrenze von 6000 Mark pro Jahr!
7. Rückständige Eintreibung der den Kapitalisten gestandenen Gemeindesteuern!
8. Beseitigung aller Ausgaben der Stadt für Polizei, Kirche und bürgerliche Organisationen!
9. Erhöhung der Sondertarife für die Großabnehmer von Gas, Wasser und Elektrizität, Senkung der Werttarife für die kleinen Konsumenten!
10. Herabsetzung der Fahrpreise zwecks Steigerung des Verkehrs und Erhöhung der Einnahmen!

Unter Führung der KPD nehmt den Kampf auf gegen Lohnraub und Sozialreaktion! Beschließt den kollektiven Eintritt der Betriebsbelegschaften in die KPD! Unsere Parole heißt:

Seraus aus den Betrieben!
Es lebe der Streik der Gemeindearbeiter!

Der Verlauf der gestrigen Verhandlungen

Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird bekannt, daß der Vertreter des Reichsarbeiterministeriums den Vorschlag gemacht hat, einen weiteren einschneidenden Lohnraub in 2 Stufen durchzuführen. Auf dieser Basis war bereits eine Einigung zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem kommunalen Arbeitgeberverband erzielt worden. In den späteren Beratungen der Tarifkommission des Gesamtverbandes wurde das vom Verhandlungsleiter abgeleitete Verhandlungsergebnis aus tatsächlichen Gründen wieder abgelehnt. Darauf fanden um 23 Uhr im Reichsarbeiterministerium erneut Verhandlungen statt. Im Grunde sind sich die Gewerkschaftsführer und die Vertreter der Gemeinde über den Lohnraub einig. Man bedarf nur noch darüber, in welcher Form man den Gemeindearbeitern den Lohnraub schmackhaft machen soll.

KPD-Fraktion unterstützt den Kampf

Zur Unterstützung des Kampfes der Gemeindearbeiter gegen den Lohnraub hat die Dresdner Stadtverordnetenfraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird:

1. von der Rotverwaltung keinen Gebrauch zu machen und die bisherige Lohnhöhe weiterzugeben;
2. Katastrophenhilfe auf Stilllegung der Posten rückgängig zu machen;
3. die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen;
4. die Direktoren der NS abzulassen und die hohen Gehälter auf 500 Mark herabzusetzen.